

vorwärtsBERLIN

INFORMATIONEN DES SPD-LANDESVERBANDES BERLIN

Zeit für eine neue soziale Agenda

Wir haben beim Bundesparteitag eine lange und ehrliche Debatte geführt. Eine Debatte, die gezeigt hat, dass die Aufgabe, die vor uns liegt, nicht leicht wird. Es ist eine schwierige Situation, in der wir uns befinden. Aber, es liegt nicht an der Sozialdemokratie und auch nicht an unseren Positionen, dass wir in dieser Situation stehen. Es liegt an der organisierten Verantwortungslosigkeit der anderen, die über Wochen und Monate diskutiert haben, ohne Verantwortung zu übernehmen.



Wir müssen nun mit klaren Positionen in die Gespräche mit der CDU/CSU gehen. Etwa beim Thema Vermögenssteuer. Wir brauchen eine klare Aussage, dass Vermögende in unserem Land die Aufgabe haben, mehr zur Finanzierung unseres Sozialsystems beizutragen als andere. Wir sollten eindeutig für ein anderes Bildungsangebot eintreten, für flächendeckende Ganztagschulen in unserem Land und für gebührenfreie Bildung von der Kita bis zur Hochschule. Auch die Bürgerversicherung ist eine zwingende Voraussetzung für ernsthafte Gespräche mit uns. Die Bürgerversicherung steht für eine bezahlbare und gute Gesundheitspolitik für jeden Menschen in unserem Land, egal, in welcher Lebenssituation er sich befindet. Und als Berliner sage ich, wir brauchen mehr bezahlbaren Wohnraum in unserem Land. Es ist nicht irgendein Wohlfühlthema, es geht um Daseinsvorsorge. Die Menschen haben ein Recht auf angemessenen, guten und bezahlbaren Wohnraum.

Und ja, wir müssen auch ehrlich über unsere alten Konzepte sprechen. Wann, wenn nicht jetzt, wollen wir uns ehrlich eingestehen, dass die Agendapolitik auch zu sozialen Verwerfungen geführt hat – und zu einem großen Vertrauensverlust der Menschen der Sozialdemokratie gegenüber. Wir müssen endlich aufhören, immer wieder eine Reform der Reform zu machen. Es ist an der Zeit, eine neue soziale Agenda zu schreiben. Eine Agenda, die sich mit der sich verändernden Arbeitswelt auseinandersetzt. Wir müssen eine neue Verabredung für unser Sozialstaatssystem finden. Etwa ein solidarisches Grundeinkommen, das den Menschen zusichert, dass sie in einer Notlage auf unsere Solidarität hoffen können, dass sie ein Einkommen haben, das sich am Mindestlohn orientiert und mit dem sie etwas tun können für ihre eigene Altersversorgung.

Lasst uns gemeinsam für unsere Sozialdemokratie kämpfen.

■ Michael Müller



Michael Müller auf dem Landesparteitag der Berliner SPD: „Unsere Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind richtig und hochaktuell“.

„WIR BRAUCHEN KEINE LEITKULTUR-DEBATTE“

Landesparteitag der Berliner SPD am 11. November

Nach der Wahlniederlage bei der Bundestagswahl und dem schlechten Berliner Ergebnis von 17,9 Prozent gab es auf dem zweiten Landesparteitag der Berliner SPD im Jahr 2017 eine lange Aussprache über den künftigen Kurs der Partei.

Der stellvertretende Landesvorsitzende **Andreas Geisel** eröffnete den Parteitag. Geisel sagte, dass es darum gehe, die Ursachen für die schwere Niederlage bei der Bundestagswahl klar herauszustellen. Die inhaltliche Neuausrichtung der Partei hänge mit der Frage zusammen, wofür die Sozialdemokratie in Europa künftig noch gebraucht werde.

Mit Spannung wurde von den 243 Delegierten die Rede des Berliner SPD-Landesvorsitzenden und Regierenden Bürgermeisters **Michael Müller** erwartet.

Müller betonte gleich zu Beginn seiner gut 30-minütigen Rede, dass „wir eine kritische Debatte ohne Denkverbote über das desaströse Wahlergebnis brauchen“. Er räumte selbstkritisch ein, dass ihn Lage und die Ergebnisse nicht unberührt lassen und auch er seinen Anteil daran habe. „Kritik an mir ist willkommen“, sagte Müller und warb für eine offene Aussprache.

Müller erteilte einer Debatte um eine neue Leitkultur eine klare Absage. „Unsere Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind richtig und hochaktuell“. Er warb für eine praktische und vertrauenswürdige Politik, die Menschen in ihren Lebenssituationen ernst nehmen. Dabei stellte er besonders die Europa- und Arbeitsmarktpolitik in den Vordergrund. Müller: „Wir müssen endlich rauskommen aus der Hartz-IV-Debatte.“

Stattdessen müsse man nach vorne gerichtet über den Umbau der sozialen Sicherheitssysteme nachdenken. Müller hatte in einem Namensbeitrag im „Tagesspiegel“ vorgeschlagen, für gemeinnützige Tätigkeiten wie Sperrmüllbeseitigung, das Säubern von Parks oder Begleit- und Einkaufsdienste ein solidares Grundeinkommen einzuführen.

Der Landesvorsitzende kam auch auf die innerparteiliche Kritik und die teils persönlichen Beleidigungen von Genossen und Genossinnen in den sozialen Netzwerken zu sprechen. Dies schade der Partei und nütze der Opposition. Als Folge wird deshalb im Landesvorstand eine organisationspolitische Kommission gebildet, um über Strukturen und Kommunikation zu sprechen. ■ chb

MIETERSCHUTZ GEHT VOR

Lange Antragsdebatte auf dem Landesparteitag

Nach einer ausführlichen Debatte verständigten sich die Delegierten darauf, das Impulspapier zur inneren und sozialen Sicherheit als Diskussionsgrundlage für die Ausarbeitung eines Programmantrags „solidarische Sicherheit“ zu beschließen. Dieser soll auf dem Parteitag am 2. Juni 2018 beraten und verabschiedet werden. Dazu wird es eine breite Debatte geben, in die die bereits eingereichten Änderungsanträge einfließen werden. Das Papier bringt die soziale mit der inneren Sicherheit zu einem neuen Begriff der Lebenssicherheit zusammen.

Ein Thema, das viele Berlinerinnen und Berliner betrifft, ist die Mietpolitik. Hierzu wurde ein aus mehreren Papieren zusammengefasster Antrag beschlossen, worin u. a. gefordert wird, die Modernisierungumlage in jetziger Form abzuschaffen, den Milieuschutz möglichst flächendeckend innerhalb des S-Bahnringes auszuweiten und die Zahl der geförderten Sozialwohnungen auf 6.000 pro Jahr zu steigern. Gleichzeitig soll Berlin eine



Auf dem Landesparteitag wurden allein 45 Anträge über die Konsensliste angenommen.

neue Modernisierungsförderung mit mindestens 70 Millionen Euro pro Jahr aufsetzen und Privatisierung von kommunalem Eigentum verfassungsrechtlich ausgeschlossen werden. Zudem beschloss der Parteitag einen 12-Punkte-Plan für einen Neustart in der Pflege.

Dazu zählen u. a. ein durchlässigeres Ausbildungssystem, eine Anpassung der Ausbildungskapazitäten, eine bessere Bezahlung des Pflegepersonals und gute Arbeitsbedingungen sowie verbindliche Personaluntergrenzen in der ambulanten und stationären Altenpflege.

Per Konsensliste nahm der Parteitag u. a. einen Antrag der Juso-Landesdelegiertenkonferenz an, der die SPD-Mitglieder des Senats und die sozialdemokratischen Mitglieder des Abgeordnetenhauses dazu auffordert, sich in Berlin für die Einführung eines eigenständigen Fachs Politik ab Klasse 7 im Umfang von mindestens einer Wochenstunde einzusetzen.

Unterstützung erhalten sollen auch die Hebammen mit der Einrichtung eines Haftpflichtfonds, der für Schäden aufkommt, die über einer bestimmten Deckungssumme liegen. Außerdem wird eine duale Ausbildung sowie eine Mindestausbildungsvergütung gefordert.

Ebenfalls angenommen wurde ein Antrag der KDV Charlottenburg-Wilmersdorf, der fordert, die Debatte um eine neue deutsche Leitkultur zu beenden und sich stattdessen auf die gemeinsamen Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität zu besinnen. ■ chb

Rund 500.000 Berliner Bürgerinnen und Bürger haben eine anerkannte Schwerbehinderung. Die Behinderungsformen und die Auswirkungen sind sehr unterschiedlich. Grundsätzlich haben alle Behinderungen in ihrer Wirkung etwas gemeinsam: Sie grenzen Menschen überall dort aus, wo sie wegen ihrer Behinderungen keine uneingeschränkte Teilhabe am beruflichen, gesellschaftlichen, politischen oder persönlichen Leben haben. Das gilt auch für ihre Mitwirkungsmöglichkeiten in Verbänden und Parteien. Bereits mit dem Leitantragsbeschluss des Bundesparteitages in Leipzig vom November 2013 hat sich die SPD gegen eine Ausgrenzung und für eine inklusive Gesellschaft ausgesprochen.

Die **AG Selbst Aktiv** wird namentlich in diesem Beschluss aufgefordert, hinsichtlich dieser Querschnittsaufgabe Reformziele für eine inklusive Zukunft unserer Partei zu erarbeiten. Im April 2014 erschien ein Leitfaden zur Barrierefreiheit in der SPD. Doch diese Handlungsanleitung scheint noch lange kein Allgemeingut in der SPD zu sein. Die AG Selbst Aktiv Berlin hat einen Antrag eingebracht, der den Landesvorstand der Berliner SPD auffordert, in Zusammenarbeit mit betroffenen Mitgliedern, Vertretern des Landesvorstandes und vor allem der AG Selbst Aktiv einen Inklusionsplan zu entwickeln. Er soll zudem

INKLUSION, ABER RICHTIG

Der Inklusionsplan der Berliner SPD 2017 bis 2023



Rainer-Michael Lehmann ist Vorsitzender der AG Selbst Aktiv der Berliner SPD. Der Pankower trat 2010 der Berliner SPD und der SPD-Abgeordnetenhausfraktion bei. Zuvor saß er von 2001 bis 2010 für die FDP im Berliner Landesparlament.

eine Handlungsanleitung bzw. einen Leitfaden für jede Gliederung der Partei enthalten. Die Umsetzung des Inklusionsplans der SPD Berlin ist für den Zeitraum 2017 bis 2023 geplant. Der Plan kann modular aufgebaut sein. Die einzelnen Ziele können grundsätzlich voneinander unabhängig erreicht werden.

Im Inklusionsplan sind 11 Ziele bzw. Aufgaben definiert. Darunter sind solche, die sich vermeintlich leicht umsetzen lassen, wie eine ausreichende

Berücksichtigung der Belange von Menschen mit Behinderungen bei der Erstellung von Parteiprogrammen und Strategiepapieren oder die barrierefreie Gestaltung aller parteiinternen Sitzungen, Tagungen, Schulungen oder Seminare. Es gibt aber auch Ziele, die etwas mehr Kraftanstrengung erfordern. Dazu zählt u. a. die Prämisse, alle wesentlichen Printerzeugnisse und alle elektronischen Medien auch in leichter Sprache zu verfassen. Teil des 11-Punkte-Katalogs ist zudem die Forderung, dass Grundsatzprogramme und andere wesentliche Dokumente auch in Hörversionen erstellt und für Menschen mit Sehbehinderung zugänglich gemacht werden.

Erstrebenswert ist auch die Initiierung eines Inklusionspreises der Berliner SPD, mit dem Gliederungen der SPD oder Mitglieder für herausragende und beispielhafte Leistungen für die Inklusion und Barrierefreiheit geehrt werden.

Man muss sich im Klaren sein, dass die Umsetzung dieses Planes nicht von heute auf morgen geschehen kann, deshalb der Ansatz, es bis zum Jahr 2023 erreicht zu haben. Alle Gremien sind hierbei gefordert, die SPD ist eine Mitmachpartei! ■ Rainer-Michael Lehmann

SO WIRD POLITIK GEMACHT

Abteilung beendet Partizipationsprojekt mit Geflüchteten

Denkt man an die Integration von Geflüchteten, dann fallen einem oft das Beherrschen der deutschen Sprache oder das Ausüben einer Arbeit ein. In der 16. Abteilung der SPD Berlin-Mitte wurde dieser Begriff durch einen Neuen erweitert: politische Partizipation.

Die Abteilung gewann mit ihrer Idee den Innovationspreis der SPD. Die Teamer haben eine Parteischule für Geflüchtete angeboten, bei der es weniger um die Partei als um das politische System, in dem die Neubürgerinnen und -bürger leben, geht. Dies fand viel Zuspruch. Von 60 Bewerberinnen und Bewerbern wurden 30 in das Projekt aufgenommen, davon haben 20 die Parteischule abgeschlossen.

In den Seminaren wurde über Integrationsgesetze, politisches Campaigning, der Weg eines Gesetzes vom Antrag in einer Abteilung hin zum Bundestag und lokale Politik gesprochen. Die Teamerin Bettina Schulze stellte erstaunt fest, „dass die Arbeit mit der

FOTO: SCHULZ/SCHULZE



Hinter den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Partizipations-Projekts liegt ein intensives halbes Jahr.

Gruppe zu einer starken Selbstreflexion führt, da diese das für mich Gegebene immer wieder infrage gestellt hat.“

Mitte November fand das Projekt mit der Übergabe der Teilnahmeurkunden sein festliches Ende. Der Abend wurde durch eine Bildershow und Reden der Koordinatoren abgerundet, sodass die

Teilnehmenden sich anschließend bei einem arabischen Buffet austauschen konnten.

„In Syrien wollte ich mich immer politisch einbringen, das ging aber nicht unter dem System Assads. Hier in Deutschland herrscht Freiheit und jeder darf sagen, was er will. Man kann für etwas sein, aber auch dagegen, das ist eine Errungenschaft, die der Workshop uns aufgezeigt hat“, stellten Dima und Samir fest.

Mit dem Ende des Workshops beginnt ein neues Projekt der Abteilung, ein Mentorenprogramm. Die ehemaligen TeilnehmerInnen werden auf ihrem Weg in die politische Partizipation begleitet. Dafür treffen sich alle Beteiligten erneut Anfang Dezember, um das weitere Vorgehen abzusprechen. „Mit dem Workshop im Hintergrund und ihren bereits guten Kenntnissen von Politik haben die Teilnehmer jetzt das nötige Material, um politisch partizipieren zu können. Ich bin gespannt, was alles für Arbeitsgruppen in dem neuen Programm entstehen werden. Sicher bin ich mir, dass wir eine Gruppe zum Thema Migration/Integration entwickeln werden“, so Teamerin Katrin Benzenberg. ■ Benjamin Vrucak

— Anzeige —

Frohe Weihnachten & auf ein Neues

Der SPD-Shop wünscht schöne Feiertage!

shop.spd.de

BUCHTIPP

Aleksandra Sowa analysiert in ihrem Buch die politische Dimension der Digitalisierung und die damit verbundenen Konsequenzen. Sie spannt einen großen Bogen von Big Data Mining, der Datensammelwut, bis zur Nutzung der Digitalisierung durch politische Organisationen. Dabei erinnert sie u.a. an das Experiment des virtuellen Ortsvereins in der SPD.



Sie spürt der Entfremdung der Bürgerinnen von den Parteien nach, den Trends zu vermeintlich demokratisch anmutenden Willensäußerungen via Internet. Für die Demokratie sei es durchaus überlebenswichtig, ob scheinbar neutrale Zahlenwerke tatsächlich politische Aussagekraft besitzen. Die Autorin, die im Datenschutz eines großen Technologiekonzerns tätig ist, skizziert sachkundig die aktuelle Problemlage. Sie kennzeichnet die Schwachstellen der digitalen Entwicklung und bietet denkbare Lösungsmöglichkeiten. Sowa plädiert für mehr Aufklärung, vor allem für mehr Selbstverantwortung der Nutzer der digitalen Welt. Zuweilen liest sich das Buch wie eine atemlose Hetzjagd durch das Thema, das eine große Bandbreite ausweist und leider an vielen Stellen wünschenswerten Tiefgang vermissen lässt.

Aleksandra Sowa, Digital Politics, Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn, 180 Seiten, 12,90 €

■ Gunter Lange

IMPRESSUM

Herausgeber:
SPD-Landesverband
Berlin, Anett Seltz
(V.i.S.d.P.)
Redaktion:
Christina Bauermeister
Anschritt:
Müllerstr. 163
13353 Berlin
Tel.: 030-4692150
Fax: 030-4692240
Mail: vorwaerts@
spd-berlin.de

ALLTAG MIT GRANATEN

SPD-Mitglied Marlon Bünck dokumentiert den Konflikt in der Ukraine

Marlon Roseberry Bünck (geb. 1993) ist Mitglied der Abteilung Mitte 7 Bellevue und bereist und dokumentiert seit 2014 als freiberuflicher Fotograf Kriegs- und Konfliktgebiete. Seine Reisen führten ihn in den Krieg im Osten der Ukraine, in den Kampf der Kurden gegen den IS, in die Flüchtlingskrise im September 2015 und in viele Länder Osteuropas.

Nachfolgend berichtet er über seine Eindrücke in der Ukraine:

Bereits im dritten Jahr befindet sich der Konflikt im Osten der Ukraine. Und auch in meinem dritten Jahr dort kommen auf jeder Reise immer neue Erfahrungen hinzu. Es ist ruhig geworden um den Krieg in den Nachrichten. Meine letzte Reise führte mich entlang der Front von Awdijiwka bis an die Küste des Asowschen Meeres nach Mariupol. Awdijiwka ist einer der so genannten „Hotspots“ entlang der Front –

Orte an denen es immer wieder zu Schusswechseln und Granateneinschlägen kommt. Der Westteil der Stadt, ein Meer an Plattenbauten für die Arbeiter der örtlichen Kokerei, ist gesäumt von zerstörten Häuserblocks, aufgesprengten und verwaisten Straßen. Nachts schlagen die Granaten willkürlich in den Wohngebieten ein.

Ich habe den Schullalltag in der Stadt dokumentiert. Morgens um 6.30 Uhr bringen die Eltern ihre Kinder in eine Schule, keinen Kilometer von den Frontpositionen der ukrainischen Armee entfernt. Laute Granateneinschläge sind zu hören, aber sie sind für viele Menschen zur Gewohnheit geworden. Die Frontpositionen der Ukrainer bilden in Awdijiwka die Schützengräben rund um das Gelände des Flughafens von Donetsk und einem Industriegelände.

Die Schule ist auf der Ostseite mit dicken Platten verdeckt. Der Unterricht

wird normal abgehalten, er bietet vielen Kindern etwas Ablenkung vom Kriegsalltag. Über den Krieg zu reden, ist in der Schule nicht erlaubt. Weiter südlich am Asowschen Meer bietet sich ein surreales Bild.

Auf den ersten Blick sieht man Strände, an denen man gerne Urlaub machen würde. Ich arbeitete in der Kleinstadt Schyrokyne – einer ehemaligen Resortstadt nah bei Mariupol. Sie gleicht nun einem großem Trümmerfeld, der Strand durch weitläufige Sicherungsanlagen gesperrt, aus Angst, dass feindliche Kräfte über das Wasser intervenieren. In der Stadt hat kein einziges Haus die heftigen Kämpfe der letzten Jahre überstanden. Während einst viele Ukrainer und Russen an diesem Küstenabschnitt ihre Sommerferien planten, sind nun weite Teile der Küste verwüstet und vermint.

■ Marlon Roseberry Bünck



Die 81-jährige Nela und ihre Freundin waren Bewohnerinnen dieses Hauses, welches durch Panzergranaten stark beschädigt wurde. Jetzt wohnen sie nur wenige Blöcke von dem zerstörten Teil entfernt und erinnern sich gut an seine Zerstörung. „Der Krieg kam wie aus heiterem Himmel und nun ist soviel Zerstörung und Leid angerichtet“, erzählt Nela unter Tränen.



Im Sportunterricht bekommen die Kinder etwas Ablenkung vom Kriegsalltag.



Der ehemalige Badestrand in Schyrokyne.



Soldaten auf ihren Positionen am Flughafen von Donetsk.



Ein zerstörtes Ferienhaus an der Küste von Schyrokyne.